

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprecher: Anrufkarte für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzustellung 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 1. bis 15. Mai 1.00 Mark, Abhoher 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 20 Pfennig, auswärts 24 Pfennig. Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Beerdigungen 20 Pfennig, die 6spaltige, 27 Millimeter breite Zeile kostet 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. Eine Goldmarke = ein Dollar geteilt durch 20. Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Diagramme keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 109.

Magdeburg, Sonnabend den 10. Mai 1924.

35. Jahrgang.

Der Riese Bergarbeiter.

Als am 11. Januar 1923 die französischen und belgischen Truppen in Essen einmarchierten, rief die Regierung Cuno in Gemeinschaft mit der Schwerindustrie die Bergarbeiter zum passiven Widerstand auf. Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß, hieß es auch damals, ohne daß dieses Wort jemals wahr geworden wäre. Es wurde als Lüge geboren im Weltkrieg und ist Lüge geblieben bis auf den heutigen Tag. Wo ist der Dank? Rund 90 Prozent aller Bergarbeiter in Rheinland und Westfalen sind seit einigen Tagen vom Bergbaulichen Verein ausgesperrt.

Der Dank des Unternehmertums

besteht trotz aller Not der Arbeiter darin, fast eine halbe Million Bergarbeiter auf die Straße zu setzen und rund 22 000 Waggons Kohlen dem Wirtschaftsleben täglich zu entziehen. Aber nicht genug damit! Rückblick auf die Gesamtbevölkerung kennen sie nicht. Selbst die Gefahr außenpolitischer Komplikationen, die das Unternehmertum mit seinem Spiele heraufbeschwört, hat nicht gehindert, die Bergarbeiter auszusperrten. Seit dem großen Streik im Jahre 1905 dürfte das Industriegebiet an Ruhr und Emscher kaum eine größere Erschütterung durchlebt haben. Sie wird auf unsere Gesamtwirtschaft äußerst schädlich zurückwirken, und deshalb ist besonders hervorzuheben, daß die Unternehmer für diese Störung allein die Verantwortung tragen.

Die kapitalistische Presse versucht natürlich getreu dem Befehl ihrer Gelbgeber, die Schuld auf die Bergarbeiterorganisationen abzuwälzen. Das kommunistisch-unionistische Generalstreiktheater kommt ihr hierbei zustatten. Aber trotzdem muß der unparteiische und unboreingezogene Kritiker bei einer Prüfung der vom Bergbaulichen Verein gegen die Gewerkschaften angeführten Argumente zu dem Schlusse kommen, daß die Organisationen den Boden des tariflichen Rechtes nicht verlassen haben, während das Unternehmertum den Konflikt bewußt provozierte.

In welchem Maße das geschehen ist, ergibt sich schon daraus, daß es unter den vier vertragsschließenden Organisationen, dem Verband der deutschen Bergarbeiter, dem Gewerkschaftsbund, dem Christlichen Gewerkschaftsbund und der Politischen Berufsvereinigung, über die rechtliche Seite des Konflikts keine Meinungsverschiedenheiten gibt, sondern volle Einmütigkeit besteht. Das ist während der Auseinandersetzungen im Bergbau bisher nur selten der Fall gewesen.

Der Gründer des Rahlener Syndikats, des größten unternehmerischen Kampfkartells, Emil Rirdorff, vom Seltendünen-Trost, hat sich einmal, lange vor dem Kriege, die Vermittlung der preussischen Regierung in einem Arbeitskonflikt mit der Begründung verboten, daß der westfälische Generaldirektor im Bergbau

Herr im Hause

ist. Dieser Standpunkt und dieses Wort ist auch heute wieder zur Direktive der Schlotbarone geworden, und so liegt ihr augenblickliches Vorgehen nur auf der Linie jener immer wieder auslebenden Kämpfe, die eine Sabotage der Knappheitsrechte, Reduzierung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit bezwecken sollen. Im Mittelpunkt steht die Abschaffung der Sichen- bzw. Wistundenschicht nach dem Muster in andern Bergrevieren. Es ist mithin begreiflich, wenn sich unsere Bergarbeiter, die den schwarzen Diamanten unter ständlicher Lebensgefahr aus den Tiefen der Erde holen, ihr gutes Recht nicht nehmen lassen wollen und eine distinkte Mehrarbeit verweigern. Unbegreiflich ist aber die Stellungnahme des Arbeitsministers, der gemeinsame Sache mit den Herren vom Bergbaulichen Verein macht, getreu dem oft angewandten Grundsatz, die Umstellung in unserer Wirtschaft

auf Kosten der Arbeiter, Beamten und Angestellten

durchzuführen. Ohne Zweifel muß eine solche Politik zur Katastrophe führen. Rirdorff ist ein schlechter Steuermann und kein Herrenprinzip ein miserabler Kompas. Aber selbst wenn der Bergbauliche Verein den Rirdorffschen Standpunkt durchsetzt, wird dieser Sieg nur ein Konjunktursieg sein. Die sich eben vollziehende Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Fertigungswarenindustrie beweist, welcher Wert solchen Zufallsiegen zuzusprechen ist. Die Folge wird ewige Unruhe und eine vergiftete Atmosphäre sein: den Riesen, das Bergarbeiterproletariat. Kann man für den Augenblick wohl beugen, aber

nicht besiegen. „Bald rüch' ich mich rasselnd in Söh', bald keh' ich reißiger wieder.“ Eine Kampfgeschichte von 50 Jahren, selten heroisch in ihrer Art, hat die Wahrheit des Wortes noch immer bewiesen!

Die westfälische Bergarbeiterchaft hat in den Nachkriegsjahren immer wieder ihr Verständnis für die Notwendigkeiten der Wirtschaft und des Staates durch Mehrarbeit bewiesen, weil sie die Notlage des Ganzen und die Zwangsläufigkeit zur gemeinschaftlichen Arbeit stets anerkannte. Diesen Patriotismus lohnt jetzt das Unternehmertum einer Bevölkerung schlecht, die Leib und Leben gegen eine fremde Inzession einsetzte. Wir sind uns darüber im Klaren, daß der alte Rirdorffsche Herrengeist unter jenen, die den schwersten Beruf ausüben, nicht anders empfunden wird als die Peitsche eines Degoutte und daß er eine geistige Neuorientierung, stark hinneigend zum Ultraradikalismus, auslösen muß, die einen Bruch mit der guten alten und vernünftigen Knappentradition bedeutet.

Vielleicht überlegt man sich noch früh genug in Essen und Berlin, ob der zweifelhafte Konjunktursieg des Sichel-einfaßes überhaupt wert ist.

Der Riesenkampf der Bergarbeiter.

Infolge der Generalausperrung der Zechen steht der gesamte Ruhrbergbau still. Von Hamm bis Duisburg läuft kein Förderkorb mehr. Wenn der Kampf noch einige Tage andauert, wird die Lage bedrohlich werden. Zu den 400 000 bereits ausgesperrten Bergleuten werden noch etwa 200 000 Arbeiter über Tage kommen. Die Zechentore sind überall geschlossen, und die Arbeitgeber erklären jeden Arbeiter, der nicht mehr als 7 Stunden unter Tage verfährt, als freilassbar. Am Mittwoch sollen noch etwa 15 Prozent der Gesamtbelegschaft eingefahren sein, von diesen allerdings die Mehrzahl in der Absicht, nach verjahreter Sichenstundenfrist wieder auszufahren. Bis jetzt ist alles noch ruhig, zu Störungen und Zwischenfällen ist es nicht gekommen, da die Arbeiter sich an die Befehle ihrer Organisationen halten und den aufreizenden Parolen der Kommunisten und Unionisten keine Folge leisten.

Die sozialen Auswirkungen des Aussperrungsbeschlusses des Zechenverbandes sind unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unübersehbar. Der Deutsche Bergarbeiterverband und der Christliche Gewerkschaftsbund sind gemeinsam an die Stadtverwaltungen des Kampfgebietes herangetreten und haben um Unterstützung durch Lebensmittel für die ausgesperrten Arbeiter ersucht. Sie haben auf die Notlage der Bergarbeiterfamilien hingewiesen, die sich durch die Aussperrung geradezu katastrophal gestaltet. Bereits am Donnerstag fand daher in Essen eine Zusammenkunft der Oberbürgermeister und Wohlfahrtsbevollmächtigten der Industriestädte statt, um über die Maßnahmen zur Linderung der Not zu beraten.

Die großen Werke der Metallindustrie werden schon in den nächsten Tagen durch die Auswirkungen der Krise im Ruhrbergbau in Mitleidenschaft gezogen, da die vorhandene Kohlenmenge nur noch einige Tage zur Aufrechterhaltung der Betriebe ausreicht. In der Montanindustrie des Dortmund und Bochumer Bezirks ist mit dem Abblase einer Anzahl von Hochöfen zu rechnen. Einige Städte leiden bereits in der Gasversorgung, und in verschiedenen Orten, wie z. B. in Gerne, liegen die Straßen schon dunkel. In den Haushalten und den öffentlichen Betrieben wird in wenigen Tagen erneut jene schwere Zeit hereingebrochen sein, die vom passiven Widerstand her noch in unliebsamer Erinnerung ist.

Daneben tauchen von neuem politische Fragen auf, die in letzter Zeit in den Hintergrund getreten waren. Da bei einer längeren Dauer der Aussperrung die Kohlenpflichtlieferung an die Reparationskommission in Frage gestellt wird, so hat die Ricum bereits erklärt, daß sie im Falle des Verzugs der Kohlenlieferung Vorschläge vornehme und weitere Zechen der Regie unterstelle. Neben dieser politischen Frage entsteht von neuem die des Separatismus. In Gelsenkirchen und andern Orten haben die Führer der separatistischen Bewegung begriffen, daß das brutale Vorgehen der Unternehmer ihnen wieder Wasser auf die Mühlen leitet. In zahlreichen Versammlungen erklären sie, daß nunmehr die Arbeiter ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen.

So steht das Ruhrgebiet nicht nur wirtschaftlich in einem Kampfe mit den schwersten Erschütterungen, sondern auch vor schwerwiegenden politischen Ereignissen.

Das Ricum-Abkommen.

Der „Antliche Preussische Pressedienst“ teilt mit: Soweit die Stellung Preussens zum Bergarbeiterstreik in Frage kommt, ist zu sagen, daß der preussische Handelsminister bereit ist, so, wie es auch der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vorsah, angesichts der unzureichenden Löhne einer künftigen Lohnsenkung zuzustimmen. Der Handelsminister kann sich aber, angesichts der aus dem Ricum-Abkommen entstehenden Lasten auf keinen Fall mit der Herabsetzung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Tagesstunden einverstanden erklären. Aus diesem Grunde mußte auch den Arbeitern der fünfjährigen Zechen, die sich weigerten, dieser Forderung des Schiedsrichters nachzukommen, am Mittwoch beim Einrücken erklärt werden, daß sie sich als entlassen zu betrachten haben. Die Notstandsarbeiten werden gegenwärtig größtenteils von Arbeitern und Angestellten verrichtet.

Eine ministerielle Irreführung.

Die vier Bergarbeiterorganisationen veröffentlichten folgende Erklärung: „In der Presse veröffentlichte der Zechenverband ein Telegramm des Reichsarbeitsministers, in dem behauptet wird, die Bergarbeiterverbände hätten dem Ergebnis der Verhandlungen am 3. Mai in Hamm zugestimmt. Das Telegramm des Zechenverbandes sagt u. a.: „Bergarbeiterverbände legen Wert auf vertrauliche Behandlung ihrer Zustimmung zum Verhandlungsergebnis vom 3. Mai vor Stellungnahme der Reichskonferenzen.“

Demgegenüber stellen wir fest: Die Bergarbeiterverbände haben ihre Zustimmung zu dem Hammer Verhandlungsergebnis nicht gegeben. Sie konnten deshalb auch keinen Wert auf vertrauliche Behandlung der angeblichen Zustimmung legen. Die in Hamm anwesenden Vertreter der Verbände haben im Gegenteil das Verlangen des Reichsarbeitsministers, sich zu verpflichten, in ihren Organisationen für die Annahme des Ergebnisses sich einzusetzen, entschieden abgelehnt.

Das Telegramm des Reichsarbeitsministers steht in diesem Punkte mit der Wahrheit in schärfstem Widerspruch. Die Veröffentlichung des Telegramms ist eine unerhörte Irreführung der öffentlichen Meinung.“

Am eine Vermittlung.

Am Donnerstag nachmittag fand in der Reichskanzlei eine Ministerbesprechung über den Bergarbeiterstreik und die Frage einer Vermittlungssaktion der Reichsregierung zur Beilegung der Bewegung statt. „Man“ war sich darüber klar, daß der zum großen Teile politische Charakter der Bewegung für eine Vermittlungssaktion der Regierung Schwierigkeiten mit sich bringt. Die Reichsregierung ist jedenfalls in dauernder Fühlung mit den zuständigen Stellen der Streikgebiete, um über den Gang der Bewegung auf dem laufenden zu sein und, sobald es angängig erscheint, vermittelnd einzugreifen.

Verhandlungen über den Rahmentarif.

Der in Hamm zwischen den Tarifparteien getroffenen Vereinbarung entsprechend beginnen die Verhandlungen über den Rahmentarif im Ruhrbergbau am Freitag vormittag im Ruhrrevier. Es handelt sich hierbei um eine Beratung zwischen dem Zechenverband und den vier Bergarbeiterorganisationen, die ohne Mitwirkung der Schlichtungsbehörden stattfinden. Aus der Sachlage ergibt sich, daß dabei auch die übrigen Streitfragen zur Diskussion stehen werden. Die in Frage kommenden Organisationen haben ihre Teilnahme an den Verhandlungen zugesagt.

Gesamtausperrung in Sachsen.

Die Aussperrung im ganzen sächsischen Steinkohlenbergbau ist, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hören, allgemein durchgeföhrt. Auch im staatlichen Steinkohlenwerk Zschand ist die Aussperrung erfolgt. Die Zahl der im Bawidauer Revier zur Entlassung gekommenen Arbeiter dürfte schätzungsweise 35 000 betragen. Die Chemnitzer „Volksstimme“ meldet, daß die Sicherheitspolizei in Oelsnitz zwei Werke besetzt hat, weil die Helfer und Maschinisten auf den Gruben „Deutschland“ und „Vereinsglück“ Schutz verlangt haben.

Die Separatisten und die Aussperrung.

Aus Essen wird uns geschrieben: Die Separatisten haben ihr verbrecherisches Spiel trotz aller Mißerfolge immer noch nicht aufgegeben. Schon sind sie wieder auf dem Plan, um die Aussperrung der Bergarbeiter für ihre Zwecke auszunutzen. Sie verbreiten im Ruhrgebiet ein Flugblatt, in dem es u. a. heißt, daß die jetzige Generalausperrung die beste und letzte Gelegenheit sei, der Reaktion die Macht zu entreißen. Die Arbeiterchaft wird aufgefordert, ihre Arbeitswilligkeit auf Grund des alten Achtundentags und der Anpassung der Löhne an die englischen Bergarbeiterlöhne zu erklären. Dieser Forderung entsprechend sollen die Arbeiter den Zechenbesitzern ein Ultimatum stellen und nach dessen Ablauf die Betriebe übernehmen. Diese Uebernahme soll nicht etwa zum Nutzen der Arbeiter und Angestellten, sondern zur Wiedergutmachung der durch die Industrie geschädigten Völker erfolgen.

Nachdem dann gesagt wird, daß die Besatzungsbehörde strikte Neutralität übt, heißt es plötzlich, daß nach Uebernahme der Betriebe die sofortige Fühlungnahme mit der französischen und belgischen Regierung erfolgen kann. Gleichzeitig aber ist es mit der Neutralität der Besatzungsbehörden zu Ende, denn sie soll auf einmal auch die Finanzierung der Werke übernehmen und gleichzeitig eine Kontrollberechtigung erhalten.

Auf Grund der von der Ricum eingenommenen Haltung gegen die Arbeiterorganisationen kann sich die Arbeiterchaft also schon jetzt ein Bild davon machen, wie es ihr erst ergehen wird, wenn sie das separatistische Programm unterstützen würde. Dieses Programm, das in seinem End-

Ziel — natürlich nur in Worten — auf die Bildung des unabhängigen Ruhr- und Wirtschaftsstaates unter Kontrolle einer Betriebsrätevertretung hinausläuft, ist nichts anderes als ein großer Schwindel. Es besteht in Wirklichkeit aus alten Leitfäden der Unionisten und katifischen Programmpunkten der politisierenden französischen Generale der Besatzungsarmeen, die immer noch geistige Helfershelfer der Separatisten zu sein scheinen. Die neueste Kundgebung der Separatisten läßt darüber keinen Zweifel. Sie ist ein Dokument militärischer Zerklüftungsstrategie, angewandt auf zivile Verhältnisse.

So sehen wir also wieder einmal Unionisten, Separatisten und Militäristen im Bunde nicht für, sondern gegen die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. Aber nicht nur das ist festzustellen! Ganz besonders ist hervorzuheben, daß dieses Bündnis wiederum nur möglich war durch das Schwermachertum der deutschen Schwerindustrie!

Hannoversche Separatisten.

Am 18. Mai wird sich in Hannover eine feltame Angelegenheit abspielen. Auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung, des dazu ergangenen Ausführungsgesetzes und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen wird an diesem Tag im größten Teile der preussischen Provinz Hannover eine Vorabstimmung darüber stattfinden, ob eine Abstimmung über folgende Frage stattfinden soll:

Sollen die preussischen Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück von Preußen abgetrennt werden und ein selbständiges Land bilden?

Der Antrag, daß diese Vorabstimmung stattfinden, ist gestellt worden von der Deutschhannoverschen Partei. Nicht zum erstenmal. Kurz vor dem Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet hat die Deutschhannoversche Partei denselben Antrag schon einmal gestellt; damals mußte sie ihn zurückziehen, weil unter dem Eindruck dieser Vorgänge im Westen die öffentliche Meinung derartig eindeutig gegen diesen Antrag Stellung nahm, daß die Deutschhannoveraner befürchten mußten, bei der Vorabstimmung zu Nooten getrieben zu werden.

Im Spätherbst 1923, als in der Schlupphase der Inflation ringsum in Deutschland alles zusammenzubrechen schien, haben die Deutschhannoveraner ihren Antrag abermals eingebracht. Hätten sie damals sofort die Vornahme der Vorabstimmung durchsetzen können, so hätten sie vielleicht Erfolge erzielt, die ihnen jetzt nicht beizubringen sein werden. Wie der 4. Mai allgemein gezeigt hat, daß die radikalen Flügelentwicklungen in Deutschland bereits rückläufig zu werden beginnen, so hat er auch dargelegt, daß die Affären der deutschhannoverschen Bewegung, die vorübergehend ziemlich gehoben waren, wieder im Sinken sind; nicht einmal ihre Stammeszahl vom Juni 1920 hat die Deutschhannoversche Partei wieder voll erreichen können, rund 13 000 fehlen ihr daran.

Die deutschhannoversche Bewegung will Deutschlands Gebietsänderung ändern. Ueber den ersten Schritt auf diesem Wege sind ihre Anhänger sich einig, wohin er aber führt und wovor er holiauchen soll, darüber besteht in den Kreisen der Deutschhannoverschen Partei selbst die größte Uneinigkeit. Ein großer Teil von ihr will ein selbständiges Land Hannover im Rahmen des Deutschen Reiches, andere dagegen betrachten dies nur als einen ersten Schritt zu größeren Dingen. Ein Groß-Niederachsen soll gegründet werden, und in den offiziellen Parteizeitungen der Deutschhannoverschen Partei kann man schon ernüchternde Aufsätze lesen, gegen die die Reaktion keinen Einspruch erhebt und in denen die spätere Erörterung ausgesprochen wird, daß dem „befreiten“ Hannover große andre Teile Deutsch-

lands, Bremen, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold, ja Hamburg, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, der Westen der Provinz Sachsen und der Nordosten der Provinz Westfalen sowie der Norden der Provinz Hessen-Nassau sich anschließen werden.

In der Agitation im Lande geht's noch viel größer zu. Da geht man in den Versprechungen und in der Angabe der zu verfolgenden Ziele noch viel weiter. Die einen Agitatoren begnügen sich damit, die Rückkehr des Welfenhauses auf den Königsthron von Hannover zu versprechen, entschlossener Leute erklären, dieser neue hannoversche König werde Hannovers Schulden aus seiner Tasche bezahlen und auf sein Vermögen eine selbständige hannoversche Währung aufbauen. Daneben wird eine widerliche Geze betrieben, die hauptsächlich um zwei Behauptungen sich dreht: einmal um die, daß die Provinz Hannover von Preußen systematisch ausgebeutet werde (der bisherige deutschhannoversche Reichstagsabgeordnete Langhoff, der diesmal freilich auf der Strecke geblieben ist, verweigert sich sogar zu der Behauptung, daß diese Ausbeutung 3/4 Milliarden Goldmark erreicht habe), sodann um die, daß die hannoversche Freiheitsbewegung von Preußen in der schamlosesten Weise gefnechtet werde.

Beweise für beide Behauptungen fehlen. Das Gegenteil des Behaupteten steht objektiv fest. Trotzdem wird die angegebene Melodie mit großer Beharrlichkeit von Leuten, die es ganz gut besser wissen, weiter gepfiffen und weiter geheult und jeder Gegner beschimpft. Wer nicht Hannoveraner ist und sich doch um die Sache kümmert, dem wird, wie kürzlich einem Reichsminister, an der Spitze des Zentralorgans der Deutschhannoverschen Partei gesagt, er solle es nicht wagen, noch einmal nach Hannover zu kommen und dort zu reden; wer ein geborner Hannoveraner ist und die deutschhannoverschen Zerklüftungsbestrebungen bewirkt, dem werden Verleumdungen wie die folgenden an den Kopf geworfen: „Ein Verräter oder ein bezahltes Subjekt ist, wer für Preußen eintritt.“

Ganz unverbohlen freut sich dieser sich überschlagende Fanatismus, wenn dem verhassten Preußen ein Schaden kürzlich triumphierend: So wie in den letzten Jahren jählich kürzlich triumphierend: So wie in den letzten Jahren der preussische Adler schon manchen Brocken hätte fahnen lassen müssen, so werde ihm auch Hannover, dieser fetter Biß, entzogen werden. Im Namen angeblicher Vaterlands- und Heimatsliebe gibt also diese Geze ganz unverbohlen der innigen Freude darüber Ausdruck, daß deutsches preussisches Land an Belgien, Dänemark, Polen und die Tschechoslowakei verlorenging. Die Deutschhannoversche Partei ist in allen Fragen der Innen- wie Außenpolitik, der Wirtschaft, wie Sozialpolitik, der Kulturpolitik und der Reichspflege trotz reaktionär. Sie appelliert an alle schamlosen völkischen Instinkte und schreit sich keineswegs, wo es ihr gerade paßt, die neuerdings Mode gewordene Judenhege mitzumachen. Wer sie bekämpft, wird peremptorisch mit Dreck bedorfen.

Im Bunde mit allen andern Parteien, von den Kommunisten bis zu den Deutschvölkischen lehnt die preussische Staatsregierung, lehnt namentlich auch die Sozialdemokratie der Provinz Hannover diese Bestrebungen auf das nachdrücklichste ab. Gerade wir Sozialdemokraten wissen, daß das republikanische Preußen das Rückgrat der sozialen, republikanischen Demokratie in Deutschland ist. Wir bekämpfen deshalb jeden, der den Versuch macht, dieses Rückgrat zu knicken. Am 18. Mai werden die Sozialdemokraten Hannovers dem deutschhannoverschen Vorabstimmungsantrag ihre Stimme verweigern und dadurch zu ihrem Teile dazu beitragen, daß dieses gefährliche Attentat gescheitert und der Partikularismus der Einigkeit und der Freiheit in Deutschland nicht das Gras schäufeln kann.

Der Landbund ohrfeigt Hergt.

Der deutschnationale Führer Hergt hat sein Wort gebrochen. Vor den Wahlen hat er den Wählern versprochen, „endlich Nein zu sagen“ und die Vorschläge der alliierten Sachverständigen zur Reparationsfrage abzulehnen. Ein zweites Versailles unterschrieben die Deutschnationalen nicht, denn sie hätten ihr Vaterland lieb, während die Sozialdemokraten und ähnliches Gelächter es ohne Bedenken verrieten, wie das erste Versailles beweise.

Zwei Tage nach der Wahl ist Hergt umgekippt. Jetzt will er das zweite Versailles unterschreiben. Die paar Vorbehalte, die er noch macht, sind belanglos und dienen nur dazu, seinen Wortbruch ein wenig zu verschleiern.

Darob großes Entsetzen in den deutschnationalen Reihen. Der Unfall kam zu plötzlich. Die Unterführer und die Presse hatten ihre Anhänger ja noch gar nicht auf das Kommende vorbereiten können. Deshalb hagelt es Proteste. Die völkisch-deutschnationale „Deutsche Zeitung“ begann mit der Opposition. Andre Organe folgten. Das Gros der deutschnationalen kleinen Presse wartet noch auf ihre Artikel aus der Zentrale, wo großer Wirrwarr herrscht.

Nun tritt auch der Reichslandbund auf, der frühere Bund der Landwirte, das Rückgrat der deutschnationalen Organisation. Er hat eine Entschliekung gefaßt, in der er getreu mit seiner Haltung vor der Wahl die Vorschläge der Sachverständigen als unannehmbar bezeichnet und ihre glatte Ablehnung verlangt. Erst nachdem das geschehen, sollen dem „Feindbund“ Gegenvorschläge gestellt werden, die wirtschaftlich erfüllbar sind und politisch die Befreiung des Ruhrgebiets bringen. Dem Landbund erscheint eine Regierung nur dann als national, wenn sie dieses Programm übernimmt.

Praktisch läuft es darauf hinaus, daß die Großagrariern den alliierten Siegern diktieren wollen, was sie anzurechnen und womit sie sich zufrieden zu geben haben. Die Steuerdrückberger und Inflationsgewinnler wollen selbst bestimmen, was sie aus Gnade und Barmherzigkeit den alliierten Wächtern zu zahlen gedenken und wie sie die Schuld abzutragen gedenken. Es gibt sicherlich unter den Reichslandbündlern Ohnen genug, die da glauben, mit einem so fortschrittlichen Einpruch machen zu können — in politischer Schwärze leisten sie ja Erkleckliches — aber es ist sicher, daß außerhalb dieser agrarisch-völkischen Kreise es niemand gibt, der ihnen folgen und eine Feigabel für gefährlicher als einen Lank erklärt.

Zimmerlin ist der Reichslandbund einseitigen ehrlich. Er steht zu seinem Worte, während der deutschnationale Führer über Nacht sein Versprechen bricht, um zur Regierung zu kommen und Reichsminister zu werden. Hergt und die übrigen geriebeneren Würden unter den deutschnationalen Führern erkennen klar, daß sie zur Macht nur kommen können, wenn sie zuvor die Brücke des „zweiten Versailles“ überschreiten. Sie sind überzeugt, daß ihre Anhänger die bittere Pille schlucken werden, wenn sie ihnen, um den schlechtesten Geschmack loszuwerden, gleichzeitig zwei süße Bombons überreichen: die Herrschaft in Preußen und die Regelung der Lastenverteilung, die Ordnung der neuen Steuern.

Der Reichslandbund hat dieses geriebene Spiel noch nicht durchschaut. Er bleibt köpfig bieder bei seinem Unannehmbar stehen und verabreicht seinem politischen Führer damit eine schallende Ohrfeige. Aber das wird nicht immer so bleiben. Die Großagrariern verstehen sich auch aufs Ruhhandel, und wenn ihnen erst Klargemacht wird, was für schwere praktische Dinge für den einen kleinen Wortbruch zu haben sind, dann werden auch sie auf die Brücke treten, die zu dem zweiten Versailles führt. War einmals für einen französischen König Paris eine Messe wert, so ist unfernt Großagrariern die innere Herrschaft in Preußen und die Be-

Kleines Feuilleton.

Von Großherzögen und andern Patrioten.

Am 11. Dezember 1919 hat die Reichsregierung eine Verordnung erlassen, nach der „national wertvolle Kunstwerke“ nur mit besonderer behördlicher Genehmigung ins Ausland ausgeführt werden dürfen. Sie hat sich dabei offenbar der allwissenden Regierung, die die Ursache von Kriegen aus dem Grunde schon lange geistlich betrachtet, auf den Standpunkt gestellt, daß künstlerische Schätze nicht allein ihren Wert, sondern auch die Allwissenheit eines Volkes, das in der Weltgeschichte auf das Recht des Völkervertrages nicht in jener unerschütterlichen Festigkeit steht, die in England mit seiner viel ältern kaiserlichen Reichsregierung besteht, ein solches Geistesgut und hat demnach eine gewisse erprobende Bedeutung, welche allen Völkern, die sich in der Weltgeschichte erheben, ein Recht ist, sich an dem zu beteiligen. Es waren große Dinge, die in der Weltgeschichte ein solches Geistesgut und hat demnach eine gewisse erprobende Bedeutung, welche allen Völkern, die sich in der Weltgeschichte erheben, ein Recht ist, sich an dem zu beteiligen.

wehrlagerne zu verhandeln. Es ist noch nicht genug an den zahllosen Beispielen militärischer Barbarei in Deutschland, die die Schlöcher in unseren Schloßpark raschelnd abfüllt und in einen Grottenplatz verwandelt. Es soll offenbar in diesem Sinne weitergeführt werden. Das ist völkische Erziehung auf Kosten deutscher Kultur. Der Weimarer Kulturrat trägt Völkerei aus. Es wird bald so weit sein, daß jeder anständige und gebildete Mensch sich die alte sozialistische Regierung wieder herbeiwünscht, die solche Vandalen verhöhnt und anstehende Anstrengungen geleistet hat.

J. v. Raab-Brodmann bei der Volksbühne.

Wir haben den ganzen Winter hindurch keinen Lieberabend gehabt, der sich mit dem vergangenem Tage, den Sommerjüngern Jungs von Raab-Brodmann am Rittwoch veranfaßt hat. Wir konnten den Sänger von jenem herrlichen Konzert her, in dem er uns unter Otto Schumanns Leitung „Kinder- und Frauenlieder“ in einer Weise vorgetragen hat, die man in seinem Leben nicht mehr vergessen kann. Wir hatten ja so lange keine gute Männerstimme mehr im Konzertsaal gehört! Die Lam auf dem höchsten Gipfel waren diese Tage in einer entzückten Stimmung.

gejänge bis zur Weltfreundlichkeit des reifen Operntals, brachten den Reiz des höchsten gesanglichen und musikalischen Meisterschaft. Wer fragt ihm in Deutschland Autoritäten mit dieser perlenden Leichtigkeit nach? So erst entschließen sie ihren Zweck und ihre Bedeutung. Wer seine Gejänge von Brahms gehören gleichfalls nicht zu den Stücken, denen man oft im Konzertsaal begegnet. Mit diesen sieben Gejängen, die auf dem Programm oben an standen, war eigentlich schon der ganze ungeheure Umkreis des Könnens von Raab-Brodmann umschrieben. Was könnte diesem Künstler, der so weltweit auseinanderliegende Stille meistert, verjagt bleiben?

Die Romantik, die dazwischen liegt, Schumann, gelingt ihm nicht weniger gut. Er hätte nur noch Schubert, und zwar den unbekannteren Schubert, der mit Tuschenden der herrlichsten Lieder aufwartet, und etwa Hugo Wolf hinzuzufügen brauchen, und wir hätten die reinsten Genüsse verjammelt. Ohnehin wünschte man von einem Pianisten wie Raab-Brodmann — wie selten sind wirklich gute Begleiter! — jene Lieder, die dem Klavierpieler jähne, denkbare Aufgaben zusetzen. Löwische Balladen läßt man sich auf gutes Zureden noch gefallen — aber das steht schon auf der Höhe. Den „Archibald Douglas“ können Tausendstücker wie diese beiden trotz seiner lästigen Länge noch erträglich machen, ja selbst inreizen. Zimmerlin ist auch das schon mehr Aristokrat als reine Kunst. Über Jensen's „Alt-Heideberg“ ist böser Männerwort, das sollte ebenso wie die herzlich unbedeutenden Lieder von Wegel aus dem Manuskript sich nicht in das Programm eines Künstlers verirren, der berufen ist, uns das Allerbeste in vollendeter Form zu vermitteln.

Die Aufnahme durch die Volksbühne war ungemein herzlich, ja jürrisch. Man ließ die Künstler nicht eher los, als bis sie drei Zugaben gependelt hatten.

Ruß. Der Streif des Berliner Staatsoperngesangs hatte damit geendet, daß ein Teil der Chormitglieder zu Kreuze kroch. Der Rest, der künstlerisch weiters wertvoller sein soll, wurde ausgespart. Nun ist ihm eine doppelte Genugung geworden durch Einladungen zu den Kaiserlichen Festspielen im Coburg-Theater in London und zu den Kaiserlichen Festspielen, die dieses Jahr wieder eröffnet werden. — Dr. Heinz Unger, der in Magdeburg seitens bekannte junge Dirigent, ist bei der Gesellschaft der Musikfreunde in Berlin aufgefunden worden, im nächsten Winter eine Reihe von sechs großen Chor- und Orchesterkonzerten zu leiten. Die Konzerte dieser Gesellschaft waren in den Jahren 1907 bis 1915 von Künstlern wie Eduard Fried, Fritz Steinbach und Ernst Benzel dirigiert worden und erzielten die höchsten Ansehens. Unger wird das Philharmonische Orchester und seinen Capellmeister zur Verfügung haben. Er darf auf diesen ehrenvollen Auftrag stolz sein.

Trennung von den rüstigen Männern schon einen Verrat an den Wählern wert.

Merkt ohne schwere Parteiviren und Parteikämpfe wird die Wandlung nicht zu haben sein. Und die Millionen der tumblen Blinden Mittläufer werden dabei aus ihrem Schlaf und aus ihrer Betäubung aufwachen und sich erklaun fragen: sind das noch die, die sich als deutsche Männer vor uns aufgestellt und denen wir Vertrauen zu ihrer Ehrlichkeit und zu ihrem germanischen Manneswort geschenkt haben?

Für die Begleitmusik werden die Böllischen sorgen. Im Gebrauch von Trillerpfeifen und Blechtrumpeten sind sie ja geübt. Aber wenn dann die Entscheidungsfunde schlägt, werden sie sich mit teufelhaftem Mute vorsichtig in die Ecke brüden. Das haben sie am Donnerstag erst wieder in Mecklenburg bewiesen. Am Dienstag stürzten sie dort den deutschnationalen Ministerpräsidenten Brandenstein, weil er kein Unannehmbar ausgesprochen; am Mittwoch ermöglichen sie keine Wiederwahl durch Stimmenthaltung und am Donnerstag stimmen sie gegen das gleiche Mißtrauensvotum, das sie zwei Tage vorher durchgedrückt hatten. Auf einen Anfall von böllischer Kaseri folgen zwei erbärmliche Schwächeanfalle.

Genau so werden sich diese Mäpfe auch im Reichstag benehmen, wenn's erst Ernst wird mit der Frage: sollen die Deutschnationalen mit unsrer Hilfe regieren? Erst bellern sie mörderlich, nachher kneifen sie erbärmlich. Herzt seckst daher seelenruhig die Ohrfeige ein, die er vom Reichslandhund empfangen, reißt sich vergnügt die Backe und sagt schmunzelnd: wenn wir nachher im Reichstag sind, wird sich schon alles finden.

Er darf sich ja auch noch auf die Kommunistischen Führer verlassen. Sie werden eine so vorfintflutlich dumme Politik machen, daß es dem deutschnationalen Führer leicht fällt, seine anfangs hochge, nachher um so geduldiger Sammelherde in die Hürde des „zweiten Versailles“ zu treiben.

Eine andre Frage ist, was die Mittläufer in beiden Lagern empfinden, sagen und tun werden. Unter diesen großen Kindern wird es allerdings böse Empörungen geben und der Niederschlag ihrer Enttäuschungen wird sich bei den nächsten Wahlen zeigen, die durchaus keine Reichstagswahlen zu sein brauchen. In neuen Monaten wählen wir ja schon zum Preussischen Landtag. Bis dahin wird in beiden Fühlerparteien eine fürchterliche Ernüchterung Platz gegriffen haben. Dazu trägt heute schon bei die Ohrfeige, die dem wortbrüchigen Herzt vom Reichslandhund vor allem Volke verabreicht worden ist.

Beinahe wieder gestürzt.

Der Mecklenburgische Landtag hat den am Dienstag gestürzten Ministerpräsidenten v. Brandenstein am Mittwoch mit 24 Stimmen wiedergewählt. In der Donnerstagssitzung erklärte Brandenstein, der am Mittwoch während der Abstimmung nicht anwesend war, daß er ebenso wie seine Kollegen das Amt wieder annehme.

Ein Mißtrauensantrag der Böllischen, der sich erneut gegen die Stellung des Ministerpräsidenten v. Brandenstein richtete, wurde nach kurzer Aussprache zurückgezogen, obwohl Brandenstein erklärte, daß er seiner Regierungserklärung vom 5. Mai nichts hinzuzufügen habe.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der dem Ministerpräsidenten das Mißtrauen aussprach, weil er eine einwandfreie Erklärung über die Erfüllungspolitik abzugeben, d. h. das Sachverständigen-gutachten anzuerkennen, ablehnte, wurde von den Böllischen mit den Deutschnationalen und Volksparteilern abgelehnt. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme, gaben aber wieder einmal ihre Sympathie mit dem Rappisten Brandenstein zu erkennen. Schließlich brachten die Kommunisten den böllischen Antrag vom 6. Mai ein, gegen den diesmal die Böllischen selbst stimmten.

Das Mecklenburger Offentheater, das die „nationale“ Mehrheit des Landtags unter freundlicher Unterstützung der Kommunisten aufführt, zeigt, was wir zu erwarten haben, wenn im Reich eine deutschnationale Regierung, die von den Böllischen abhängig ist, zu erwarten haben. Mecklenburg lehrt aber auch, was von den Kommunisten zu erwarten ist. Es wird ihnen nicht vergessen werden, daß sie durch Abstammung von zwei Mann, die sich mit den Böllischen der Abstimmung enthielten, die Wahl des Rappisten Brandenstein zum Ministerpräsidenten ermöglichten.

Kulturabbau in Thüringen.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet:

Thüringen hat bescheidene Anfänge eigener Arbeiter-Bildungseinrichtungen, die dem wertvollen Volk durch besondere Kurse und zeitweilige Aufnahme in Seminare über Volks- und Berufsschule hinaus das bieten sollen, was die Arbeiter und Angestellten brauchen, um im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Wahl der Lehrkräfte und Art des Unterrichts haben bisher die Gewähr dafür geboten, die junge Arbeiter-schaft zu so viel eigenem Urteil zu erziehen, daß sie nicht der politischen Radikalisierung ohne weiteres unterliegt.

Eine der ersten Taten des Volksbildungs-ministers Deutheuser war es, daß er den gesamten Lehrkörper und den Angestellten des Volkshochschulheims Linz bei Gerab auf Grund der Personalabbauordnung kündigte, obwohl das Land Thüringen durch den Auseinandersetzungsvertrag mit dem ehemaligen Reichs-Kauf verpflichtet ist, die Schule in dem bisherigen Umfang und mit denselben Lehrzielen weiter zu führen. Dabei ist der Verwaltungsrat der Schule überhaupt nicht gehört worden. Buzzeit ist auf eine Anfrage im Landtag die Kündigungsfrist um einen Monat verlängert und einigen Lehrern die Wiederanstellung bei geringerem Gehalt in Aussicht gestellt worden.

Das Volkshochschulheim Dreißigacker bei Weimern läuft Gefahr, seiner Bestimmung entsagen und in eine „nationale Bauernhochschule“ verwandelt zu werden.

In der Volkshochschule in Jena, zu deren Unterstützung der Mitbegründer und bisherige Leiter der Frankfurter Arbeiterakademie, Professor Dr. Pape, von der borigen Regierung gemonivert werden konnte, wird der planmäßig vorgesehene dritte Lehrer nicht angestellt und zur Errichtung des durch Landtagsbeschluss vorgeesehenen Schülerheims nichts unternommen, obgleich die Einrichtungen dazu vorhanden sind.

Im ganzen Lande hat Studierrat Dr. August Siemsen Lehrgänge für begabte Berufsschüler und junge Arbeiter eingerichtet, aus denen die 30 tüchtigsten von Ostern 1924 an in Jena zu einem dreijährigen Sonderkurs mit dem Ziele der Hochschulreife zusammengefaßt werden sollten. Der Lehrgang unterbleibt als „Ersparnisgründen“.

Obwohl bereits im September 1923 genau noch preussischem Vorbild eine Prüfungsordnung für Begabte ohne Meisterprüfung zum Zwecke der Zulassung an der Universität erlassen worden ist, geschieht nichts zu ihrer Durchführung und damit zur Erledigung von Hunderten von Gesuchen.

Der Minister Deutheuser, Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei zum Reichstag auf der Thüringischen Liste, der den Anspruch erhebt, der Vorsitzende eines „überparteilichen Beamtenministeriums“ zu sein, scheint sich völlig in den Händen rechtsradikaler Ratgeber zu befinden, die ihn geradezu in den Kulturabbau hineintreiben.

Seitzer ist entlassen.

Die bairische Regierung hat den Chef der Landespolizei, Oberst v. Seitzer, aufgefördert, von seinem Posten zurückzutreten. Seitzer ging sofort in Urlaub. Als sein Nachfolger wurde Oberst v. Reiß, bisher Kommandeur der Polizei in München, ernannt.

Loffow ist gegangen; Seitzer ist gegangen; es bleibt nur noch v. Kahr, aber auch von ihm wird — zunächst gerichtlich — behauptet, er werde den blauen Brief erhalten.

Es liegt nahe, in der Entfernung Seitzers einen Fingerzeig für den künftigen Kurs in Bayern zu sehen. Man kann der Auf-fassung sein, daß der Innenminister Schwegler, der in seinen letzten Stunden so offensichtlich gegen die böllischen Staatsstreicher die starke Faust zeigen will, auf die Entlassung des Seitzer bestanden hat in der Erwägung, daß die bairische Landespolizei unter der Führung Seitzers allzu sehr von rechtsradikalen Tendenzen ver-seucht wurde. Andererseits ist aber zu beachten, daß die Entlassung Seitzers, dessen Haltung am 9. November immerhin zunächst ein-mal den Staat und die Regierung der bairischen Volkspartei vor dem unmittelbaren Einsturz bewahrten, für die Böllischen einen Triumph bedeutet. Da Ministerpräsident von Knilling, der eine maßgebende Rolle bei der Entlassung Seitzers gespielt hat, ein Freund und Beschützer der Böllischen ist und deren offene Sympathie genießt, so ist der Verdacht mehr als begründet, daß die Motive der beiden Minister, die sie zur Absetzung Seitzers veranlaßten, grundsätzlich verschieden sind.

Diese Feststellung führt unmittelbar zu der entscheidenden Frage der künftigen bairischen Regierungspolitik: Richtung Schwegler oder Richtung Knilling? Es ist wohl möglich, daß im jetzigen Augenblick die Mehrheit der bairischen Volkspartei sich hinter Schwegler stellen würde. Selbst die führenden Parteiblätter machen Stimmung dafür, den Böllischen einmal die Bühne zu zeigen.

Diese antiböllische Einstellung der maßgebenden Regierungspartei steht aber keineswegs so unerschütterlich, daß sie mit Hilfe des langgewohnten deutschnationalen Koalitionsbruders nicht in ein Kompromiß gezwungen werden könnte, um so mehr, als für eine Koalition nach links alle Voraussetzungen einer sichern Regierungsmehrheit fehlen. Eine solche wäre aber unbedingt notwendig, wenn die bairische Volkspartei gewillt wäre, einen neuen Kurs gegen Böllische und Deutschnationale zu steuern. Außerdem trachtet Knilling danach, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben. Das alles schafft eine Lage, wie sie in der bairischen Politik seit 1920 schon mehr als einmal dagewesen ist, aber noch immer wurde die Gelegenheit zur Umkehr verjährt und unbenutzt gelassen. Es besteht kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß wir diesmal das gleiche erleben werden. Die Kahr-Knilling-Politik hat in Bayern noch nicht abgebaut.

Eingriff in das Streikrecht.

Die Askanierwerke in Dessau, deren Arbeiter in den Streik getreten sind, haben gegen die Streikleitung, die aus dem Gewerkschaftssekretär Donath und sechs Arbeitern besteht, eine einseitige landgerichtliche Verfügung erwirkt, wonach Donath unter Androhung einer Geldstrafe von 1000 Mark und den übrigen sechs Arbeitern bei einer Strafe von 600 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wird, durch Streikposten Arbeits-willige von der Arbeit moralisch oder fälschlich abzuhalten und sie an der Arbeitsleistung zu hindern.

In der Begründung wird gesagt, es sei bekannt geworden, daß Arbeitswillige unter Androhung von Gewalt am Betreten der Arbeitsstätte behindert worden seien. Somit sei bewiesen, daß das Verhalten der Streikleitung eine unzulässige Aus-schreitung des Streikrechts darstelle.

Die fälschliche Bestätigung der Arbeitswilligen wird von den Streikenden bestritten, die moralische Einwirkung ist nicht ver-boten. Die Verfügung des Landgerichts stellt sich als ein flagranter Eingriff in das Koalitionsrecht dar.

Notizen.

Sozialdemokraten dürfen nicht ins Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebiets hat nicht nur dem als Redner zum Parteitag der saarländischen Sozialdemokratie vorge-sehene Reichstagsabgeordneten Wilhelm Sollmann die Rede-erlaubnis nicht erteilt, sondern auch dem als Ersatz für Sollmann bestimmten ehemaligen Reichstagsabgeordneten Lorenz Kiedmiller die Redeerlaubnis verweigert. Diejem zweiten Krieb ist irgendeine Begründung nicht beigegeben. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets wird Veranlassung nehmen, gegen die standlose Weigerung der Redefreiheit beim Völkerrundrat Einspruch zu erheben.

Verhaftungen in Mecklenburg. Die böllisch-deutschnational-Regierung in Mecklenburg, deren Ausrückung nach dem Sturz durch die Böllischen nur möglich war, weil bei der Renoual des Reichs-präsidenten die Böllischen und zwei Kommunisten der Stimme sich ent-hielten, hat sechs Kommunisten verhaftet lassen. Angeklagt handelt es sich um die Mitglieder einer kommunistischen Feme. Bei der Festnahme wurde ein Mann verwundet. Unter den Verhafteten befindet sich auch der kommunistische Landtagsabgeordnete Schmidt.

Antrag auf Landtagsauflösung in Sachsen. Die Munition haben im Landtag einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht. Der kommunistische Sprecher begründete den Antrag damit, daß die Reichstagswahlen vollzählig bünderte. Die Verhältnisse der Parteien gezeigt hätten. In daß der jetzige Landtag nicht mehr dem Willen des Volkes entspräche. Dieser Antrag wird am Dienstag nächster Woche verhandelt werden.

Ein Nationalsozialist in der Agitation. Der „Rosenfelder Anzeiger“ teilt mit, daß in einer böllischen Bahnerammlung in Mecklenburg ein Nationalsozialist H. Hoffmann aus Mecklenburg im Verlauf eines mehr als zweistündigen von Beschimpfungen gegen Tote und Lebende strotzenden Referats u. a. sich folgende „vaterländische“ Ergüsse leistete: „Wilhelm 2. war ein Fidiot und ich muß jeden, der für ihn gefallen ist, auch als Fidioten bezeichnen. Stresemann und Seckel, diese Burschen, haben den Sohn dieses Fidioten wieder nach Deutschland heringelassen. Da ich bekanntlich verehrt ist der Kronprinz ein Trottel, und das ist der künftige Kaiser der Deutschnationalen.“ Die Deutschnationalen, die den Hitlerismus geghachtet haben, werden an ihm noch manches blaue Wunder erleben.

Der verdiente Führer. Die deutschnationalen Gütebesitzer in Mecklenburg machten die „möglicste“ Macerabe der Deutschböllischen so lange mit, als es in ihren antimarginalischen Erdelladen paßte. Jetzt da ihr Ziel, die Futtertrappe erreicht ist, stellen sie die deutschböllischen Masken wieder beiseite. So wurde der Landarbeiter Hildebrandt, der von seinem gutsherzlichen Arbeitgeber als deutschböllische Leuchte und Marginalkeller in den Landtag lanciert wurde, kurzgehand entlassen, weil sich der Wind inzwischen gedreht hat. Der Marginalkeller ist vorüber und die tollkühnen Landhändler jagen die Opfer ihrer Demagogie zum Tempel hinaus. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Kommunistisches Wumbo. In einem in der Nähe von Mündau gelegenen Dorfe wurde die Polizei im Februar d. J. ein Waffen- und Sprengstofflager. Die Ergübungen ergeben, daß es sich um ein Lager der K. P. D. Waffen- und Munitions-Verschaffungs-Organisation (Wumbo) der Kampfgebietleitung Südwest handelte. Der Polizei gelang es auch, die Organisatoren dieses Lagers zu verhaften, nämlich einen Schneider Steininger, einen Mechaniker Bäumer und einen Kaufmann Wittmann. Das Volksgerecht beurteilte diese drei nunmehr zu 2, 6 und 8 Monaten Gefängnis, während der Staats-anwalt mehrlährige Zuchthausstrafen beantragt hatte.

Schwarzweiprote Kofarden in Bayern verboten. Der Minister Schwegler hat in den letzten Tagen verschiedene Anordnungen getroffen, die ihn bei den Böllischen noch verhaßter machten als er bisher war. Nach dem Verbot der schwarzweißroten Kofarde hat er über den vom Staatsanwalt freigegebenen böllischen Abg. Pfner die Schußhaft verhängt und ihn nach Landsberg transportieren lassen. Ferner hat er den „Böllischen Kurier“ auf 8 Tage verboten, weil er bairische Regierungsmitglieder in Zusammenhang mit Un-reueben zur Errichtung einer Donaunomarchie brachte. Am Mittwoch hat Dr. Schwegler Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des „Böllischen Kuriers“, den ehemaligen Hauptmann Weiß, gestellt, weil dieser den Minister wegen einer Rede des Hoch- und Landes-vertrats beschimpft hat.

Dr. h. c. Ramsay MacDonald. Die Universität Glasgow erteilte, Ramsay MacDonald das Ehren doktorat der Rechte anzuhören.

Griechenland und die künftigen Offiziere. Das griechische Kabinett hat in seiner letzten Sitzung beschloffen, über alle Offiziere der griechischen Armee, die dem Erbprinzip anlässlich seines Geburts-tages Glückwunschktelegramme schickten, auf Grund der Bestimmungen des Republikvertrages gerichtlich aburteilen zu lassen.

Dänemark rüstet ab. Der neue Kriegsminister Rasmussen erklärte einem Berichterstatter, er bereite zum Herbst eine Gesetzesvorlage über eine vollkommene militärische Abrüstung Dänemarks vor. Von dem gegenwärtigen Heere sollen nur Polizeitruppen auf dem Lande und auf dem Wasser übrigbleiben. Das Militärbudget solle auf jährlich 10 Millionen Kronen herabgesetzt werden. In der rechts-orientierten Presse hat bereits eine heftige Kampagne gegen den Plan Rasmussens eingesetzt.

Depeschen.

Belegschafferverfassungen der Bergarbeiter.

W. Essen, 8. Mai. Den großen Revierkonferenzen bei Bergarbeiterverbände sind am Donnerstag im gesamten Ruhr-bevier die Belegschafferverfassungen gefolgt, deren Zahl auf über 300 geschätzt wird. Soweit Meldungen vorliegen, haben sie alle einen ruhigen Verlauf genommen. In allen Ver-sammlungen, die teilweise unter freiem Himmel stattfanden, wurde das Vorgehen der Grubenbesitzer auf das schärfste beurteilt, der Wille der Bergarbeiter zur Arbeit entschieden betont und jede Streikparole nachdrücklich abgelehnt. Aufforderungen zum Generalstreik, die in einigen Versammlungen von An-hängern der Union erhoben wurden, fanden bei dem Gros der Teilnehmer entschiedene Ablehnung. Es wurde gefordert, daß die Bergarbeiter nicht allein die Träger der Reparationslasten sein dürfen, diese Lasten vielmehr gleichmäßig auf alle Schultern des Volkes zu verteilen seien.

In der Forderung der Verbeibaltung der Siebenstundentage schießt unter Tage und der Achtstundentage über Tage werde die Ruhrbergarbeiter-schaft festhalten. Die Beschlüsse der Revierkonferenzen wurden einmütig gebilligt. Das Angebot des Schiedspruches in der Lohn- und Arbeitsangelegenheit sei für die Bergleute unannehmbar.

Nicht Streik, sondern Aussperrung.

W. Essen, 8. Mai. Der Gewerkschaftsverein christlicher Berg-arbeiter legt Wert auf die Feststellung, daß die Arbeiter auf der die Städte Münster und Hamm mit Gas versorgenden Zeche Haldob nicht streiken, sondern ausgesperrt worden sind. Die Betriebsauschüsse haben sich erboten, den Kaseretrieb auf-rechtzuerhalten, dies sei ihnen jedoch verweigert worden.

Ein Streik von neun Wochen.

W. Mannheim, 8. Mai. In den Werken der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen wurde heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Damit ist der Ausstand, der neun Wochen gedauert hat, beendet. Es wird natürlich einige Zeit dauern, bis die Gesamtproduktion wieder in Gang kommt, da zuerst die Energiebetriebe wieder instand gesetzt werden müssen.

Kahr noch in der Schwere.

W. München, 8. Mai. Von zuständiger Stelle wird mit- geteilt, daß die Mätkermeldung, wonach von der bairischen Re-gierung an den Regierungspräsidenten v. Kahr ein Schreiben ge-schrieben worden sei, in welchem diesem nahegelegt worden sei, sein Kahrtriktsgesuch einzuziehen, nicht den Tatsachen ent-spricht.

Der Pariser Brotpreis.

W. Paris, 8. Mai. Von heute an soll der Brotpreis in Paris um 5 Centimes auf 1,15 Franc für das Kilo herabgesetzt werden.

Ein politisches Attentat.

W. London, 8. Mai. Reuter meldet aus Tokio, daß ein Zug, in dem sich Takafaschi, der Führer der Seikusai, befand, zum Entgleiten gebracht wurde. Vier Personen wurden getötet, verschiedene verletzt. Takafaschi und seine Begleitung blieben aber unversehrt. Man glaubt, daß es sich um ein Attentat auf den Parteiführer handelt, auf den bereits am 30. Januar ein ähnlicher Anschlag verübt wurde. Damals war ebenfalls ver-sucht worden, einen Zug, in dem er sich befand, zum Entgleiten zu bringen.

Strümpfe- Extra-Verkauf!

Einige extra billige Angebote

aus meiner Spezial-Strumpf-Abteilung!

Ein erneuter Beweis meiner Leistungsfähigkeit!

Damen-Strümpfe

Damen-Strümpfe diamantschwarz, englisch lang, verstärkte Ferse und Spitze, gute Qualität . . . 45,-
Damen-Strümpfe englisch lang, Baumwollfaser, verstärkte Ferse und Spitze, alle modern. Farben . . . 65,-
Damen-Strümpfe englisch lang, Doppelschle u. Hochferse u. Seidenstrümpf, alle modernen Farben . . . 85,-
Damen-Strümpfe englisch lang, ganz la Mako, Doppelschle u. Hochferse, alle Farben, la Qual. Mk. . . . 1.50
Damen-Strümpfe englisch lang, Seidenfaser, schöne klare Ware, alle modernen Farben . . . Mk. 2.10

Kinder-Söckchen

hant, mit gutem Wollband

Gr. 1	2	3	4	5	6	7	8	9
65	75	85	95	1.05	1.15	1.25	1.35	1.45

Letzt. Neuheit in
Phantasie-Damenstrümpfe u. Herrensocken
 kariert, à jour, jaspier!
 reiche Auswahl zu bekannt billigen Preisen!

Herren-Socken

Herren-Socken grau Baumwolle, verstärkte Ferse und Spitze . . . 48,-
Herren-Socken naturfarbig Mako, Doppelschle u. Hochferse, für empfindliche Füße . . . 65,-
Herren-Socken gestricke Längsstreifen, alle modernen Farben, Doppelschle und Hochferse . . . 85,-
Herren-Socken reich gestickt, Doppelschle u. Hochferse, alle modernen Farben . . . 1.25
Herren-Socken kariert und à jour reich gestickt, alle modernen Farben . . . 1.50

Damen-Strümpfe 1.10
 englisch lang, Seide or. schwarz und taubig, Doppelschle und Hochferse . . . Mk. 1.45

Damen-Strümpfe 2.95
 Musselinlor, bester Ersatz für Seide, Doppelschle und Hochferse, alle modernen Farben . . . Mk.

Herren-Socken 1.95
 Seidenfaser, à jour und kariert . . . Mk.

Herren-Socken 2.50
 prima Kunstseide, in schönen Mustern, Doppelschle und Hochferse . . . Mk.

Extra-Spezial-Angebot!

Spezialmarke „Saxonia“ 11.00 | Spezialmarke „Edeltuch“ 12.50 | Spezialmarke „B“ 12.00

Bestandteil ca. 80 cm breit, mittellängig, für alle Wäschezwecke . . . 10-Meter-Stück Mk. 11.00 | Bestandteil feinfädig, ca. 80 cm breit, für alle feineren Leibwäsche . . . 10-Meter-Stück Mk. 12.50 | Linnen ca. 20 cm breit, für Leib- und Bettwäsche 10-Meter-Stück Mk. 12.00

Siegfried Cohn

Weberei-Waren. Breiteweg 58-60.

Lachen links Nr. 18 - Das republikanische Witzblatt
 Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3

Brauchst du Schuhe? → Geh zu Petzon



Beste
vollständigen Breite,
 beste Schenkel
reinen Qualitäten
 ermöglicht auch bei hohen Absätzen
 höchsten
günstigen Verlauf
 bei sehr unebenen Straßen im Stadt-
 und Landverkehr.

95,-
 21-25

Schwarze Stoffspangenschuhe
Weißer Stoffspangenschuh
Damen - Lederhoch - Pantoffel
 schwarz und rot, 28-32
Damen - Lederhoch - Pantoffel
Herren - Lederhoch - Schuhe

Ecke Alte Ulrichstraße

<p>1,95 Damen - Lederhoch schwarz und rot, 28-32</p>	<p>2,95 Damen - Lederhoch schwarz und rot, 28-32</p>	<p>3,75 Damen - Lederhoch schwarz und rot, 28-32</p>	<p>4,95 Damen - Lederhoch schwarz und rot, 28-32</p>
<p>6,90 Damen - Lederhoch schwarz und rot, 28-32</p>	<p>7,90 Damen - Lederhoch schwarz und rot, 28-32</p>	<p>8,90 Damen - Lederhoch schwarz und rot, 28-32</p>	<p>9,90 Damen - Lederhoch schwarz und rot, 28-32</p>

? Warum ?
 Warum wir so
billig sein
Weil wir als Großabnehmer
 Bezugspreise erhalten.
Weil wir höchstens gewaltige
 Mengen zu niedrigen Prei-
 sen bestellt haben.
Weil wir infolge unserer großen
 tägliche Gelegenheits-
 kunden erwerben.

1 Treppe 165 Breiteweg 165 1 Treppe

Die nun bei ständiger Fortsetzung wurde, nach dem Mann etwas im Innern, er ging auf und haben und nach demselben...

Die nun bei ständiger Fortsetzung wurde, nach dem Mann etwas im Innern, er ging auf und haben und nach demselben...

Die nun bei ständiger Fortsetzung wurde, nach dem Mann etwas im Innern, er ging auf und haben und nach demselben...

Die nun bei ständiger Fortsetzung wurde, nach dem Mann etwas im Innern, er ging auf und haben und nach demselben...

Die nun bei ständiger Fortsetzung wurde, nach dem Mann etwas im Innern, er ging auf und haben und nach demselben...

Maibrände.

Alles nun nach der Maibrände, die nun bei ständiger Fortsetzung wurde, nach dem Mann etwas im Innern...

Alles nun nach der Maibrände, die nun bei ständiger Fortsetzung wurde, nach dem Mann etwas im Innern...

Der Garten. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...

Der Garten.

Der Garten. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...

Der Garten. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...

Der Garten. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...

Wissenschaft.

Wissenschaft. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...

Wissenschaft. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...

Wissenschaft. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...

Don Card und Petten.

Don Card und Petten. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...

Don Card und Petten. In der letzten Mitteilung des Gartens steht der Garten...